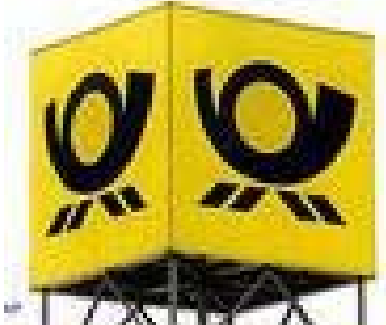


Gute Post statt Profite



Für eine bürgernahe Post,
deren Mitarbeiter/-innen
anständig bezahlt werden

Dr. Olaf Klenke
Mitarbeiter MdB Zimmermann

Vertrauensleutetreffen ver.di –
Chemnitz/Zwickau am 19.10.2009

DIE LINKE.

Überblick

- Wie tief steckt die Post in der Krise?
- Privatisierung blutet Post aus
- Die Postpolitik der Großen Koalition
- Was erwartet uns unter Schwarz-Gelb?
- Perspektiven: Französisch lernen

Dr. Olaf Klenke
Mitarbeiter MdB Zimmermann

Vertrauensleutetreffen ver.di –
Chemnitz/Zwickau am 19.10.2009

DIE LINKE.

2

Post in der Krise? I

- **557 Mio. Euro Gewinn im Briefgeschäft im ersten Halbjahr 2009** (insgesamt 136 Mio. Euro)
- Rendite im Briefgeschäft trotz Krise: mehr als 8 Prozent
- Konzernvorstand erwartet für dieses Jahr einen Gewinn von 1,2 Milliarden Euro

Post in der Krise? II

Gewinneinbrüche anderer Postunternehmen

| EBIT Brief (Mio. €) | 1. Quartal 2008 | 1. Quartal 2009 +/- | |
|----------------------|-----------------|---------------------|--------|
| DP-DHL | 546 | 407 | -25,5% |
| Österreichische Post | 74,1 | 63,1 | -14,8% |
| TNT | 201 | 150 | -25,4% |

- Gewinneinbrüche der 100 größten börsennotierten Industriekonzernen im 1. Quartal 2009: minus 70%

Post in der Krise? III

- Mittelfristig ist das Briefgeschäft stabil:
 - Anzahl der Sendungsmengen von 15 Milliarden 1998 auf über 17 Milliarden 2008 gestiegen,
 - Marktanteil der Deutschen Post AG liegt noch bei 90 Prozent

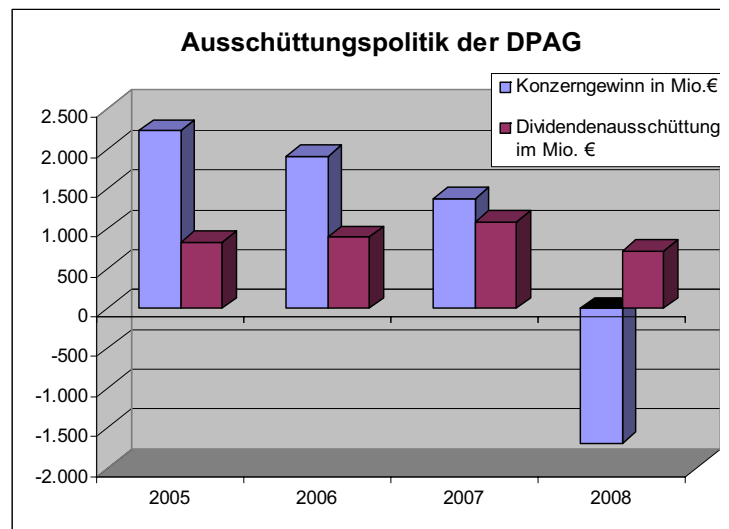
Post in der Krise? IV

Postchef Appel will Krise für Angriffe auf die Beschäftigten nutzen

- Financial Times vom 7. Mai 2009:
"Ich konnte nicht alles auf einmal machen", begründet Appel, warum er sich nicht schon früher mit Verdi angelegt hat. Dafür will er den Beschäftigten jetzt umso rascher Zugeständnisse abringen: *"Wenn die Konjunkturerholung schnell kommt, verlieren wir all unsere Argumente",* sagt Appel offen. *Er will die Krise nutzen, um Verdis Macht zu brechen."*
- Jürgen Gerdes (Post-Vorstand) Investorenkonferenz am 6. Mai 2009
„Ich denke, wenn man die Lösung schaffen will, braucht man eine Krise. Und manchmal muss man eine Krise schaffen. Die gute Sache ist, dass diese Krise real ist.“

Privatisierungsbilanz I

- Shareholder Value: Gewinnausschüttung statt Investitionen in das Unternehmen
- 2005 bis 2008: 3,5 Milliarden Euro Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet

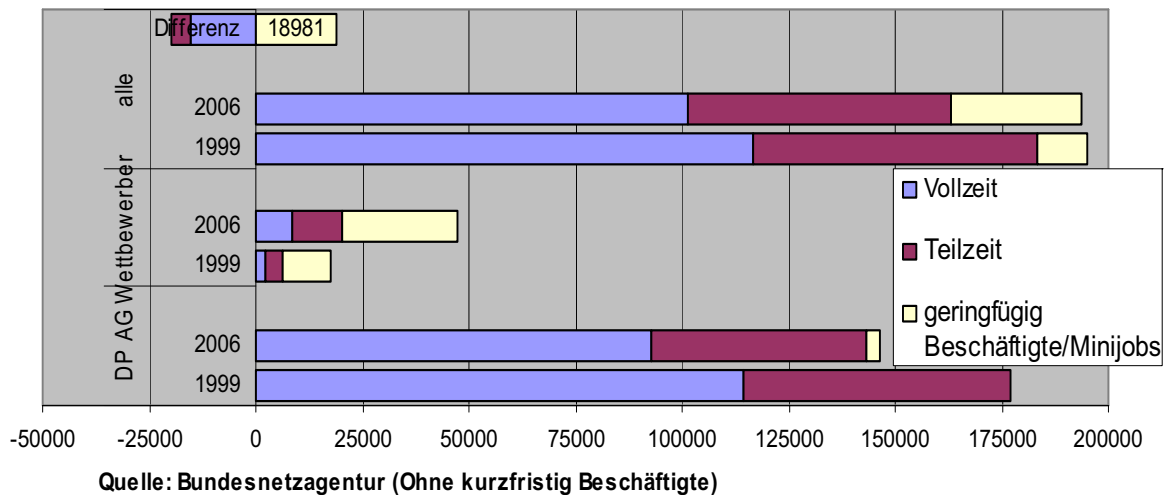


Privatisierungsbilanz II

- Abenteuer USA:
 - Die Post versuchte sich als Global Player und im Postgeschäft in den USA einzusteigen
 - absolutes Desaster, jetzt Rückzug mit dem Ergebnis: dreistellige Millionenverluste
 - Das muss jetzt hier in Deutschland vom Briefgeschäft ausgebügelt werden

Privatisierungsbilanz III

Arbeitsplatzentwicklung bei der DPAG und Wettbewerbern



Dr. Olaf Klenke
Mitarbeiter MdB Zimmermann

Vertrauensleutetreffen ver.di –
Chemnitz/Zwickau am 19.10.2009

DIE LINKE. 11

Privatisierungsbilanz IV

- Rückzug aus der Fläche: Schlechtere Erreichbarkeit für die Bürger/innen

| | Stationäre Einrichtungen insgesamt | Davon mit unternehmens-eigenem Personal |
|------|------------------------------------|---|
| 1997 | 15.331 | 10.095 |
| 2007 | 12.686 | 5.472 |

- 180 bis 190 „Bürgermeisterfilialen“ in Deutschland, d.h. ehemalige Postfilialen, die die Kommunen mit eigenem Personal betreiben und damit die Aufgabe der Deutschen Post übernehmen (Städte- und Gemeindebund, Januar 2009)

Dr. Olaf Klenke
Mitarbeiter MdB Zimmermann

Vertrauensleutetreffen ver.di –
Chemnitz/Zwickau am 19.10.2009

DIE LINKE. 12

Die Postpolitik der Großen Koalition

- Deutschland als Vorreiter der Liberalisierung in der EU
- branchenspezifischer Mindestlohn
- Universaldienst

Die Postpolitik der Großen Koalition I

- Deutschland in der EU als Vorreiter der Liberalisierung
 - Ohne Not
 - Ohne Anwendung der Sozialklausel Postgesetz (§ 6 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 PostG)



Die Postpolitik der Großen Koalition II

- Post-Mindestlohn 2008
 - Nicht mehr wie ursprünglich angekündigt gesamte Postbranche
 - Unterschied Ost/West
 - Wird unterlaufen
 - Rechtsstreit ist anhängig

Die Postpolitik der Großen Koalition III

- Universaldienst sollte ausgedünnt werden

(„Drittes Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes“ Dez. 2008)

Inhalt: Mehrwertsteuerbefreiung für alle Unternehmen ermöglichen.

Aber dafür den Umfang der Grundversorgung reduzieren.

Nicht mehr umsatzsteuerbefreit sollten sein u.a.:

- Paketsendungen mit einem Gewicht von mehr als 10 Kilogramm bis zu 20 Kilogramm;
- adressierte Bücher, Kataloge, Zeitungen und Zeitschriften mit einem Gewicht von jeweils mehr als 2 Kilogramm;
- Expresszustellungen; Nachnahmesendungen

Stand: bisher keine Verabschiedung

- Ausschusspapier Bundeswirtschaftsministerium 2009:

- Übernahme der Argumentation der Post-Konkurrenten, die Mehrwertsteuerbefreiung auch dann zu gewähren, wenn einzelne d.h. nicht mehr wie bisher alle Universaldienstleitungen erbracht werden. Damit würde aber der Universaldienst in seiner Gesamtheit in Frage gestellt, mit der Gefahr einer erheblichen Ausdünnung.

Die Postpolitik der Großen Koalition IV

Bundesregierung lässt Appel freie Hand

- Als größter Einzelaktionär (KfW Bankengruppe 30,5%) hätte sich die Bundesregierung für die Beschäftigten stark machen können.
Aber:
 - Die BR äußerte „Verständnis“ für die „Maßnahmen des Vorstandes der Deutschen Post AG zur Kostensenkung“. Er müsse auf die „Ertragsrückgänge mit Vorschlägen zu Kosteneinsparungen reagieren“.
 - Tarifkonflikt 2008: Verordnung zur Wochenarbeitszeit der Beamten und Beamtinnen im Postdienst erst spät verlängert und so ver.di erpressbar gemacht.

DIE LINKE. meint:

Der Staat sollte seine Beteiligung an Unternehmen dazu nutzen, Politik für das Gemeinwohl zu machen - dazu gehört eben auch eine gute Beschäftigungspolitik!

Dr. Olaf Klenke
Mitarbeiter MdB Zimmermann

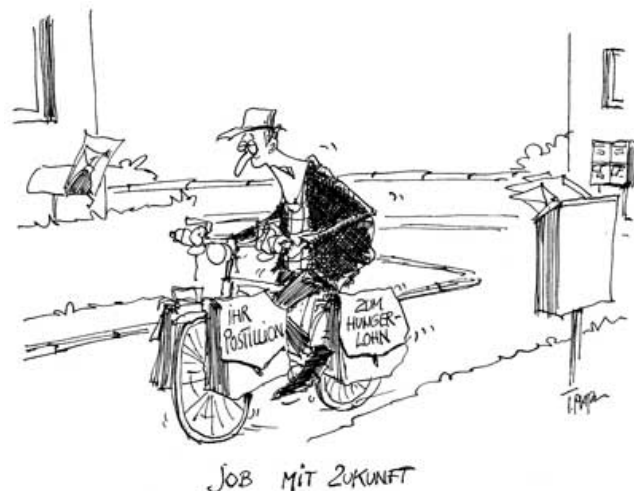
Vertrauensleutetreffen ver.di –
Chemnitz/Zwickau am 19.10.2009

DIE LINKE. 17

Was erwartet uns unter Schwarz-Gelb?

• Neue Runde beim Lohndumping?

- Wenn Mindestlohn nicht verlängert bzw. Berufung zurück genommen wird
- Verbot sittenwidriger Löhne ist keine Lösung



Dr. Olaf Klenke
Mitarbeiter MdB Zimmermann

Vertrauensleutetreffen ver.di –
Chemnitz/Zwickau am 19.10.2009

DIE LINKE. 18

Was erwartet uns unter Schwarz-Gelb?

Abschaffung der Umsatzsteuerbefreiung

(angeblich 500 Mio. Euro Steuermehreinnahmen, AG Wirtschaft Union/FDP)

- wäre Bruch mit der bisherigen Rechtsinterpretation

Februar 2009

Aufzeichnung des BMF zu den nach dem Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes umsatzsteuerfreien Leistungen

Auf der Grundlage des verbindlichen Gemeinschaftsrechts sind Postuniversaldienstleistungen als Leistungen des Gemeinwohls von der Umsatzsteuer zu befreien, soweit sie von öffentlichen Posteinrichtungen erbracht werden. Der Begriff der öffentlichen Posteinrichtung in Artikel 132 Abs. 1 Buchst. a MwStSystRL umfasst nur solche Einrichtungen, die dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten verfolgen, wobei das Gemeinwohl mit dem Konzept des Universaldienstes gemäß der Richtlinie 97/67/EG (1. Post-Richtlinie) verbunden ist. Dies bedeutet: Die Mitgliedstaaten müssen einerseits sicherstellen, dass den Nutzern ein Universaldienst

Dr. Olaf Klenke
Mitarbeiter MdB Zimmermann

Vertrauensleutetreffen ver.di –
Chemnitz/Zwickau am 19.10.2009

DIE LINKE.

19

Was erwartet uns unter Schwarz-Gelb?

Abschaffung der Umsatzsteuerbefreiung widerspricht gängiger Regelung in Europa

- **Keine Mehrwertsteuerbefreiung** gibt es nur in Finnland, Schweden und Slowenien.
- **Alle Postdienstleistungen** sind von Mehrwertsteuer befreit in: Großbritannien, Irland, Österreich, Polen, Portugal und Zypern.
- **Universaldienstleistungen** sind von der Mehrwertsteuer befreit in: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Rumänien, Slowakei, Tschechien und Ungarn.
- **Briefdienstleistungen** sind von der Mehrwertsteuer befreit in: Litauen
- **Reservierte Dienstleistungen** sind von der Mehrwertsteuer befreit in: Lettland und Spanien.

Dr. Olaf Klenke
Mitarbeiter MdB Zimmermann

Vertrauensleutetreffen ver.di –
Chemnitz/Zwickau am 19.10.2009

DIE LINKE.

20

Was erwartet uns unter Schwarz-Gelb?

- Abschaffung der Umsatzsteuerbefreiung würde bedeuten:
 - Druck auf die Löhne
 - Druck auf den Universaldienst = Absenken auf EU-Mindeststandart
 - Damit verbunden u.a. 5-Tage-Woche?

***DIE LINKE.* fordert**

- Sozialdumping im Briefmarkt bekämpfen
 - Duales Mindestlohnkonzept
- Eine gute Grundversorgung für den Verbraucher
 - Bundesregierung den derzeitigen Universaldienst modernisieren statt abbauen. Die Post muss weiterhin an sechs Tagen in der Woche zugestellt werden. Auch für Menschen in den ländlichen Regionen muss es in unmittelbarer Nähe Briefkästen und Postfilialen geben.
- Die Post gehört in Öffentliche Hand
 - Die Privatisierung hat zu einem Boom von Billigjobs und einer schlechteren Versorgung der Verbraucher geführt. Eine Post in öffentlicher Hand ist die Voraussetzung dafür, dass es eine bürgernahe Post gibt, deren Mitarbeiter/-innen anständig bezahlt werden. Die Privatisierung ist deshalb zurück zu nehmen.

Ausblick – Was tun?

- **Schwarz-Gelb hat keine Mehrheit in der Gesellschaft!**
- **Debatte führen: Gute Post statt Profite (Kampagne?)**
- **13.-15. November Aktionskonferenz Frankfurt**
„Wir zahlen nicht für eure Krise“
www.kapitalismuskrise.org
- **Französisch lernen**



Französisch lernen

- **Komitee gegen die Privatisierung der Post**
(60 Organisationen: Gewerkschaften, linke Parteien bis hin zur Sozialdemokratie, Bürgerinitiativen)
- **Über zwei Millionen Menschen unterschrieben Anfang Oktober gegen die Post-Privatisierung**
- **Ziel ist eine Volksabstimmung, 60% der Franzosen sind gegen eine Privatisierung**